

27.11.2013

Änderungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zur Beschlussempfehlung Drucksache 16/4454 des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft und Forschung zum „Gesetz zur Einführung einer Altersgrenze für die Verbeamtung von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer“ (Drucksache 16/4138)

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

Artikel 1 erhält folgende Fassung:

Dem § 39 des Hochschulgesetzes vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zu-letzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 28. Mai 2013 (GV. NRW. S. 272), wird folgender Absatz 7 angefügt:

"(7) Das Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem zuständigen Fachausschuss des Landtags durch Rechtsverordnung Regelungen hinsichtlich einer Altersgrenze für die Einstellung oder Übernahme von Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern in ein Beamtenverhältnis zu treffen."

Artikel 2 erhält folgende Fassung:

Dem § 32 des Kunsthochschulgesetzes vom 13. März 2008 (GV. NRW. S. 195), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2012 (GV. NRW. S. 672), wird folgender Absatz 6 angefügt:

"(6) Das Ministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem zuständigen Fachausschuss des Landtags durch Rechtsverordnung Regelungen hinsichtlich einer Altersgrenze für die Einstellung oder Übernahme von Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrern in ein Beamtenverhältnis zu treffen."

Datum des Originals: 27.11.2013/Ausgegeben: 27.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Begründung für die Änderungen:

Durch die Ergänzungen („zuständigem Fachausschuss des Landtags“) wird die Mitwirkung des demokratisch legitimierten Parlaments gesichert und der gesellschaftlichen Verantwortung durch mehr Transparenz Rechnung getragen.

Karl-Josef Laumann
Lutz Lienenkämper
Klaus Kaiser
Dr. Stefan Berger

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth

und Fraktion